



Mitbestimmung statt Willkür

LPVG-Info Nr. 2/ 2010

Achtung! Gefahr für Ihre Arbeitsbedingungen!

Dienstvereinbarungen - wichtigstes Instrument der Beteiligung und zur Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten in den Dienststellen - sind durch das Vorhaben der Landesregierung, das Landespersonalvertretungsgesetz zu ändern, akut in Gefahr.

Sieht der Arbeitgeber das „Gemeinwohl“ betroffen, kann er Dienstvereinbarungen zukünftig einseitig, fristlos und ohne Nachwirkung kündigen. Das bedeutet: Sorgfältig ausgearbeitete Kompromisse gelten nicht mehr; der Arbeitgeber bestimmt einseitig. Ob das „Gemeinwohl“ wirklich betroffen ist, kann nur in einem langwierigen Rechtsstreit geklärt werden. Die Dienstvereinbarungen sind aber erstmal weg.

Dienstvereinbarungen, die vom Personalrat in oft zähen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber erfolgreich erstritten worden sind (beispielsweise zur Arbeitszeit), sind zuerst bedroht. Bei schwierigen Rahmenbedingungen in Folge der Finanznot des Landes und der Kommunen könnten bisher akzeptierte Dienstvereinbarungen aufgekündigt werden. Wir befürchten Willkür und Verunsicherung.

Einige dieser Dienstvereinbarungen sind für die Beschäftigten besonders wichtig:

Outsourcing - Schutz der Arbeitsplätze vor betriebsbedingten Kündigungen und vor Vergabe an private Konkurrenz

Kosten- und Leistungsrechnung - Schutz vor unzulässigen Kontrollen bei einzelnen Beschäftigten

Zusätzliche Leistungen für Beschäftigte - Schutz von Entgeltbestandteilen und sozialen Leistungen

NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN



Mitbestimmung statt Willkür

Flexibler Ausgleichsdienst - Schutz zusätzlicher Vergütung beim „Holen aus dem Frei“

Arbeitszeiterfassung - Schutz vor unerwünschten Auswertungen

Regelungen zur Dienstplangestaltung - Schutz von Entgeltbestandteilen und Arbeitszeitsouveränität

Gleitzeitregelungen - Schutz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Gesundheitsschutz - Schutz der Gesundheit und Sicherheit

Datenschutz - Schutz vor unzulässiger Kontrolle im Umgang mit Internet, Telefon und Datenspeicherung

Fort- und Weiterbildung - Schutz von Qualifizierungsansprüchen und vor Diskriminierung

Telearbeitsplatz - Schutz der Möglichkeiten, zu Hause zu arbeiten

Angriffe auf diese Dienstvereinbarungen gefährden Arbeitsplätze, materielle Leistungen, familiengerechte Arbeitszeiten und stellen Gesundheits- und Datenschutz in Frage. Dies beeinträchtigt das Betriebsklima, verschlechtert die Arbeitszufriedenheit sowie die Motivation und fördert Unsicherheit und Misstrauen.

Ob die Arbeitgeber so handeln, wie wir befürchten, wissen wir heute noch nicht. Um den Anfängen zu wehren, fordern wir:

Herr Mappus, Finger weg von unseren Dienstvereinbarungen!

NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN